

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Aufweichungen beim Mindestlohn

Den „Integrationsplan für Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge“ des CDU-Bundesvorstandes kritisierten die Mitglieder der Linksfraction im Thüringer Landtag Sabine Berninger und Ina Leukefeld. Das CDU-Papier enthalte mehr Schikanen als Integrationsmöglichkeiten. Es sei vorgesehen, anerkannten Flüchtlingen mindestens in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung den gesetzlich geltenden Mindestlohn zu verweigern, die Flüchtlinge befänden sich dann, so die zynische Wortschöpfung der CDU, in einer „verlängerten Praktikumszeit“. Die CDU zeige damit einmal mehr, so Sabine Berninger, dass „sie nicht an nachhaltiger Integrationspolitik interessiert ist, sondern Wahlkampf zu Lasten der Flüchtlinge betreibt. Die CDU treibt damit die Spaltung der Gesellschaft weiter voran, indem sie die Flüchtlinge gegen deutsche Arbeitnehmer ausspielt“, betonte die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Auch Ina Leukefeld wendet sich strikt gegen das Aushebeln des Mindestlohnes für Flüchtlinge. „Das befördert Konkurrenz und gefährdet den sozialen Frieden“, warnte die Abgeordnete. „Der Mindestlohn muss als Lohnuntergrenze für alle gelten“, forderte die LINKE Arbeitspolitikerin. ■

15 Jahre Thüringer Bürgerbeauftragter

Zum 15jährigen Bestehen des Bürgerbeauftragten in Thüringen würdigten Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraction, und Anja Müller, Sprecherin der Fraktion für Petitionen und Bürgeranliegen, die Institution des Bürgerbeauftragten, „der neben dem Petitionsausschuss eine der wichtigsten Anlaufstellen für die Bürger ist, um ihre Rechte gegenüber Behörden und Verwaltungen zu wahren, und der sie im Umgang mit Verwaltungen berät“. Im Januar 2001 nahm der erste parlamentarisch gewählte Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen seine Tätigkeit auf. Die LINKE-Politikerinnen wiesen darauf hin, dass bereits 1992, dem Jahr der Erarbeitung der Thüringer Verfassung, die damalige PDS die Einrichtung eines Bürgerbeauftragten forderte, was jedoch die Regierungsparteien nicht mittrugen. Erst im Jahr 1999, sieben Jahre später, habe sich die Thüringer CDU im Laufe des Wahlkampfes für die Einsetzung eines Bürgerbeauftragten interessiert und es folgte das „Gesetz über den Bürgerbeauftragten“ vom 25.05.2000. ■

Rot-Rot-Grün treibt Transparenzgesetz voran

In einer gemeinsamen Veranstaltung am 18. Februar im Landtag hatten die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das weitere parlamentarische Verfahren auf dem Weg zu einem Thüringer Transparenzgesetz vorgestellt.

Als Referenten waren neben den fachpolitischen Sprechern der Fraktionen die Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Thüringens und des Landes Rheinland-Pfalz – Dr. Lutz Hasse und Prof. Dr. Dieter Kugelmann – sowie Michael Hirdes vom Chaos Computer Club eingeladen. Im Koalitionsvertrag haben die regierungstragenden Parteien vereinbart, das Thüringer Informationsfreiheitsge-

setz zu einem Transparenzgesetz weiterzuentwickeln.

Der Unterschied bestehe darin, dass der Staat künftig Informationen proaktiv für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen solle, erläuterte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dorothea Marx. „Die geltenden Transparenzgesetze in Hamburg und Rheinland-Pfalz markieren einen Paradigmenwechsel von einer Verwaltung, die Informationen im Grundsatz zurückhält und nur nach strengen Kriterien freigibt, hin zu einer modernen öffentlichen Verwaltung, welche die Grundlagen ihres Handelns von sich aus öffentlich und damit auch ihre Entscheidungsfindung transparent macht. Diesen Wechsel wollen wir auch in Thüringen vollziehen.“



Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraction, auf der Veranstaltung zu einem modernen Transparenzgesetz für Thüringen, zu dessen Kerninhalten ein Transparenzregister gehört, das ab 2019 an den Start gehen soll.

Mit Gedenktag Erinnerungsanstoß geben

Zur Februarsitzung des Thüringer Landtags haben die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts) zur ersten Beratung vorgelegt. Die Antragsteller haben sich im Koalitionsvertrag unmissverständlich dazu bekannt, dass „die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgerichtet“ ist.

Vereinbart wurden auf lange Sicht angelegte Projekte der politischen Bildung, mit denen die Vergangenheit der DDR vielfältig und beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik aufgearbeitet wird. In die Reihe von Projekten zur Aufarbeitung und Bildung gehören die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des SED-Unrechtes.

Die gesetzliche Verankerung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechtes ist eine geeignete Form, das Gedenken und die Erinnerung auch in der gesellschaftlichen Debatte zu ver-

ankern. Der 17. Juni steht auch vor dem Hintergrund seiner differenzierten Geschichte beispielhaft für das Aufgehören von Menschen gegen Unrecht in dem von der SED geführten Staat DDR.

Im vergangenen Jahr wurde im Landtagsplenum zur Beratung des Gesetzesentwurfs für einen Gedenktag 8. Mai deutlich, dass die Koalitionsfraktionen keine Gleichsetzung zwischen der Einzigartigkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus und dem SED-Unrecht anstreben und die Einführung weiterer Gedenktage sachlich und ergebnisoffen prüfen. Mit diesem (zweiten) eigenständigen Gesetz wird auch unterstrichen, dass keine Gleichsetzung stattfindet.

Mit dem Gedenktag soll der 17. Juni als ein Erinnerungsanstoß belebt werden, der der Gesellschaft einen Bezugspunkt anbietet, sich der demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte zu vergegenwärtigen und dem Ereignis einen angemessenen Platz in der europäischen Erinnerungskultur zuzuweisen. ■

Dirk Adams, Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte: „Wir wollen mehr Demokratie wagen und die beginnt mit mehr Informationen. Alles, was mit öffentlichen Geldern finanziert wird, sollte jeder und jedem zur Verfügung stehen. Denn Transparenz schafft Vertrauen.“

Mit einem Antrag im Märzplenum des Thüringer Landtags soll der Startschuss für einen Prozess unter Beteiligung von Bürgern, Initiativen und Verwaltung gegeben werden, an dessen Ende im Dezember 2016 das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren stehen werde.

„Die Erfahrungsberichte aus Hamburg und Rheinland-Pfalz haben deutlich gemacht, dass nur frühzeitige Einbindung aller Akteure und ein transparentes und integratives Herangehen an die Erarbeitung des Gesetzes selbst die nötige Akzeptanz und das Verständnis für ein veränderten Umgang mit Informationen und Vorgängen der öffentlichen Verwaltung schaffen können“, fasste der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes, seine Eindrücke aus der Veranstaltung zusammen. Es gelte, sich die Erfahrungen anderer Länder bei der Erarbeitung der Gesetze und bei der Umsetzung genau anzusehen und für den eigenen Gesetzgebungsprozess nutzbar zu machen.

Ein solches modernes Transparenzgesetz mit einem Transparenzregister sei kein Selbstzweck hatte der LINKE-Politiker betont und auf die Notwendigkeit der Überwindung der Distanz zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern hingewiesen. ■

Weitere staatliche Regelungen unnötig

Dass im Zusammenhang mit Diskussionen um eine Sonntagsöffnung von Geschäften am 1. Mai 2016 das Thüringer Ladenöffnungsgesetz nicht geändert wird, nimmt Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraction, gelassen zur Kenntnis. Jedoch entbehre die Argumentation der CDU und einiger Wirtschaftsverbände, dass der 1. Mai besonders geschützt sein müsste, damit er nicht zu einem verkaufsoffenen Sonntag werde, der moralischen Achtung vor den geschichtlichen Hintergründen dieses Tages. Der Gesetzgeber lasse den Städten und Kommunen die Entscheidung frei, jährlich an höchstens vier Sonn- und Feiertagen Verkaufsstellen zu öffnen. „Letztlich ist es die Entscheidungsfindung, die zu einem solchen Streitfall geführt hat. Hätten die Verantwortlichen von Anfang an die Arbeitnehmervertretungen einbezogen, wäre es nicht zu dieser undemokratischen und unglücklichen Entscheidung gekommen.“ ■